



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 2 vom 3.2.2011

Inhalt

SCHWERPUNKT-THEMA: BRAUCHEN WIR EINE DEMOKRATIE-ENQUETE?

- Einführung
- Für eine Demokratie-Enquete
- Kritisches Engagement für Demokratie fruchtbar machen
- Engagementförderung als Demokratiep Politik
- Demokratie-Enquete als Mittel der »Runderneuerung« der Demokratie
- Die Bürger sind eingeladen zur Partizipation
- Betroffene zu Beteiligten machen
- Demokratie lebt von Bürgerbeteiligung

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

- Unterausschuss BE: Länderberichte und Bürgerarbeit
- Zweiklassenehrenamt
- Adhocracy findet nicht statt
- Sport und Politik gegen Rechtsaußen
- Extreme Zeiten: Aktionstag gegen Extremismuserklärung
- Bundesfreiwilligendienst
- Wettbewerb Jugend hilft! bis 15. März
- Informationsfreiheitsgesetz: neuer Entwurf
- Patientenrechtegesetz
- Neues Leitbild der bagfa

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Sprecherrat des BBE: Sitzung am 28. Januar 2011
- AG-Sprecher/innen des BBE: Konferenz am 27. Januar 2011
- AG 1: Engagementstrategie beraten
- Das BBE heißt neue Mitglieder willkommen
- Neue Mitarbeiter in der Geschäftsstelle
- Geschäftsführer des BBE in Beirat von Transparency International Deutschland berufen
- Civil Academy: Bewerbungsschluss 6. März 2011
- Neues Magazin »Engagement macht stark!« bestellbar

FACHDISKURS

- Erster Engagementbericht: Homepage online
- Städtenetzwerk: 1. Kongress am 24. und 25. Februar
- Forschung zu Politik von unten: Kolloquiumreihe
- Generation 50plus aktiv im Netz gegen Nazis: Workshop
- Vielfältiges Bildungsmaterial gegen Rechts
- Volunteer-Programm für FIFA-Frauen-WM 2011
- Hinweis

SCHWERPUNKT-THEMA: BRAUCHEN WIR EINE DEMOKRATIE-ENQUETE?

nach oben

Einführung

Weltweit lassen sich Suchbewegungen nach einer Qualitätssteigerung demokratischer Prozesse und Beteiligungskultur feststellen, die sich einer schematischen Entgegensetzung von repräsentativer und direkter Demokratie entziehen. Gleichzeitig verlieren Demokratien vielerorts nicht nur an Rändern der Gesellschaft an Rückhalt, was in Deutschland zur Wortschöpfung des Wutbürgers geführt hat. Zeiten der Krise können aber durchaus auch Zeiten der zukunftsorientierten Selbstvergewisserung und Reform sein. »Brauchen wir eine Demokratie-Enquete?« Mit dieser Frage ist das BBE für die Januarausgabe des BBE-Newsletters an Vertreter aus den Fraktionen des Deutschen Bundestages mit der Bitte um eine Stellungnahme herangetreten. Was spricht, angesichts der gegenwärtigen Diskussion um demokratische Partizipation für, was gegen die Einrichtung einer Enquete-Kommission zu Demokratiefragen? Herausragende Vertreter aus allen im Bundestag vertretenen Parteien haben geantwortet. Aus

zivilgesellschaftlicher Perspektive äußern sich zu der Frage zugleich Roland Roth, Professor an der an der Hochschule Magdeburg-Stendal sowie Brigitte Dahlbender, Vorsitzende des BUND, Landesverband Baden-Württemberg.

nach oben

Für eine Demokratie-Enquete

In zehn Punkten begründet Roland Roth sein Votum für die Einrichtung einer Demokratie-Enquete-Kommission. Noch viel zu vereinzelt wird aus seiner Sicht von den bis zu 100 weltweit gemachten demokratischen Verfahren Gebrauch gemacht. Es geht also nicht um eine weitere Krisendiagnose, sondern um mehr Anschluss an internationale Suchbewegungen, wie Demokratien besser werden können. Als ehemaliges Mitglied der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des Deutschen Bundestags gibt er sein Votum, ohne Illusionen, auch vor dem Hintergrund eigener Erfahrung mit den Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Institution ab.

Gastbeitrag Roland Roth unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/nl2_roth.pdf (34 kB)

nach oben

Kritisches Engagement für Demokratie fruchtbar machen

Am Beispiel von Stuttgart 21 zeichnet Brigitte Dahlbender das Scheitern bisheriger Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgern bei Großprojekten nach. Stuttgart 21 zeige auch, dass Politik ein dienendes bürgerschaftliches Engagement gerade auch in Baden-Württemberg hoch lobt und gleichzeitig das kritische Engagement denunziert. Sie macht Verfahrensvorschläge, wie mehr echte Bürgerbeteiligung zu besseren und akzeptierten Ergebnissen für die Bürgerschaft bei Großprojekten führen kann. Eine Demokratie-Enquete kann aus ihrer Sicht sinnvoll sein, wenn sie einen hinreichend präzisen Arbeitsauftrag erhält und verfolgt. Brigitte Dahlbender ist Vorsitzende des BUND, Landesverband Baden-Württemberg.

Gastbeitrag Brigitte Dahlbender unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/nl2_dahlbender.pdf (23 kB)

nach oben

Engagementförderung als Demokratiep politik

Die Forderung nach einer Demokratie-Enquete ist, so MdB Klaus Riegert, CDU/CSU-Fraktion, vor allem eine Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung. In Form der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« und der daran anschließenden institutionalisierten Engagementpolitik hat diese Enquete schon stattgefunden. Engagementförderung als Demokratiep politik steht dabei heute im Fokus der Aufmerksamkeit. Die Beteiligungsinitiative des Landes Baden-Württemberg, die Förderung des Ehrenamts oder die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung stellen unterschiedliche Facetten dieser Demokratiep politik dar.

Gastbeitrag Klaus Riegert unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/nl2_riegert.pdf (22 kB)

nach oben

Demokratie-Enquete als Mittel der »Runderneuerung« der Demokratie

Trotz des Siegeszuges der Demokratie fühlen sich die meisten Bürgerinnen und Bürger ohnmächtig. Ein Bedarf an Öffnung der Politik und der Institutionen ist für MdB Ute Kumpf, SPD-Fraktion unübersehbar. Dabei geht es um mehr als um direktdemokratische Verfahren. Eine wichtige Herausforderung stellt es dar, Instrumente der Teilhabe zu identifizieren, die nicht einfach das Gewicht der Starken weiter stärkt, sondern tatsächlich auch den Schwachen nutzt. Eine weitere zentrale Aufgabe für eine Demokratie-Enquete wird die Frage sein, wie man die Verzahnung von Zivilgesellschaft und Staat in Zukunft verbessern und weiterentwickeln kann.

Gastbeitrag Ute Kumpf unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/nl2_kumpf.pdf (37 kB)

nach oben

Die Bürger sind eingeladen zur Partizipation

Die Erfolgsgeschichte der parlamentarischen Demokratie im Nachkriegsdeutschland kann für MdB Stephan Thomae, FDP-Fraktion, keine Rechtfertigung für Erstarrung sein. Demokratie lebt vom Wandel und ist eine Mitmachveranstaltung - insofern ist die Einladung zu verstärkter Partizipation auch unbequem, weil man die Zuschauerbänke verlassen muss. Petitionen, Diskussionsforen, Bürgergutachten oder Bürgerentscheide können je nach Kontext eine höhere Qualität und Akzeptanz politischer Entscheidungen schaffen. Eine der Aufgaben einer Demokratie-Enquete könnte es sein, weitere Räume der Bürgerbeteiligung zu schaffen

Gastbeitrag Stephan Thomae unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/nl2_thomae.pdf (22 kB)

nach oben

Betroffene zu Beteiligten machen

MdB Harald Koch, Fraktion DIE LINKE steht einer Demokratie-Enquete positiv gegenüber, um grundlegende und längerfristige gesellschaftliche wie politische Problemlagen aufzuarbeiten und konkrete politische Lösungswege vorzuschlagen und zeitnah umzusetzen. Neben der Aufarbeitung von Demokratiedefiziten sieht er eine besondere Aufgabe im Thema der Demokratisierung der Wirtschaft. Auf allen Ebenen von der Kommune bis zu internationalen Institutionen geht es um mehr Partizipation der Betroffenen an den Entscheidungen.

Gastbeitrag Harald Koch unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/nl2_koch.pdf (23 kB)

nach oben

Demokratie lebt von Bürgerbeteiligung

Für MdB Ingrid Hönlinger, Grüne-Fraktion, zeigen gerade die Auseinandersetzungen um Infrastrukturprojekte, wie notwendig die Weiterentwicklung der Demokratie ist. Effizienz und Partizipation sind kein Widerspruch. Die Einrichtung einer Demokratie-Enquete ist dann sinnvoll, wenn sie die besondere Herausforderung annimmt, konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie man Bürgerinnen und Bürger vor Ort optimal beteiligt. Dort wird der Grundstein für Vertrauen in Gestaltbarkeit von Gesellschaft und Politik und bürgerschaftliches Engagement als Ressource ziviler Bürgerkultur gelegt.

Gastbeitrag Ingrid Hönlinger unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/nl2_hoenlinger.pdf (23 kB)

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

nach oben

Unterausschuss BE: Länderberichte und Bürgerarbeit

Das Protokoll der zehnten Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement vom 15. Dezember 2010 steht auf den Internetseiten des Unterausschusses zur Verfügung. Im Mittelpunkt der Sitzung stand ein Gespräch mit Vertretern der Bundesländer über aktuelle engagementpolitische Themen und Rückfragen zu den schriftlichen Länderberichten. Diese sind im Anhang zum Protokoll dokumentiert. Der Sachstandsbericht des Bundesarbeitsministeriums zum Modellprojekt »Bürgerarbeit« sowie aktuelle Gesetzesvorhaben waren weitere Themen der Sitzung.

Protokoll unter

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger_eng/Oeffentliche_Sitzungen/Protokolle/10__Sitzung_Kurzprotokoll_m__Anlagen.pdf

nach oben

Zweiklassenehrenamt

Eberhard Jüttner, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, warnt vor dem Einzug einer Zweiklassengesellschaft im Ehrenamt. Hintergrund sind von der Bundesregierung beschlossene Änderungen in der Anrechenbarkeit von Aufwandsentschädigungen auf Frührenten oder Hartz-IV-Zahlungen. Für Michael Vesper, Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes, geben die Änderungen ein negatives und demotivierendes Signal. Und Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, nennt die faktische Beschneidung des Engagements von Hartz-IV-Empfängern schlicht unvernünftig.

Gastbeitrag Rupert Graf Strachwitz

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/nl2_strachwitz.pdf (2 MB)

Weitere Informationen unter

<http://www.op-online.de/nachrichten/politik/protestwelle-gegen-huerden-freiwillige-1094777.html>

und

<http://www.der-paritaetische.de/pressebereich/artikel/news/bundesregierung-verweigert-hartz-iv-empfaengern-teilhabe-paritaetischer-kritisiert-neue-regelungen-zu/>

nach oben

Adhoracy findet nicht statt

Die Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« des Deutschen Bundestags wollte die Öffentlichkeit in einem besonderen Maße an der Arbeit beteiligen. Der Einsatz von Adhoracy, einem Online-System, sollte den Bürgern ermöglichen, an Abstimmungen teilzunehmen, Texte zu bearbeiten, zu kommentieren und zu bewerten. Dieses Vorhaben wurde von der Mehrheit in der Kommission für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und Kommunikationsmedien (IuK-Kommission) des Bundestages mit Hinweis auf eventuell zu hohe Kosten gestoppt.

Weitere Informationen unter

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,741690,00.html>

nach oben

Sport und Politik gegen Rechtsaußen

Mit der Veranstaltung »Foul von Rechtsaußen - Sport und Politik verein(t) für Toleranz, Respekt und Menschenwürde« am 18. Januar 2011 in Berlin eröffneten Spitzen aus Sportverbänden und Politik eine gemeinsame Kampagne mit bekannten Sportlern. In Spots und auf Fotos werden die Sportler/innen »Null Bock auf Rechtsextremismus und Diskriminierung!« vermitteln. Die Veranstaltung stellte den Auftakt zur Umsetzung von Handlungsempfehlungen dar, die von Sport und Politik in einem gemeinsamen Konzept erarbeitet worden waren. Informations- und Beratungsangebote sollen geschaffen und die Akteure aus Sport und Politik enger vernetzt werden. Wichtige Zielgruppe der Maßnahmen sind die Sportvereine, denn dort ist fast die Hälfte aller 16- bis 25-Jährigen erreichbar.

Handlungskonzept unter

<http://www.dsj.de/downloads/Handlungskonzeptfinal20110110.pdf>

nach oben

Extreme Zeiten: Aktionstag gegen Extremismuserklärung

Am 1. Februar 2011 fand ein erster Aktionstag gegen die sogenannte Extremismuserklärung statt, die im Rahmen des Programms »Toleranz fördern -

Kompetenz stärken« vom BMFSFJ von Projekten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verlangt wird. Träger sollen danach u. a. auch für Partner, Referenten usw. die Hand ins Feuer legen und im Zweifel beim Ministerium oder beim Verfassungsschutz nachfragen. Die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Kulturbüro Sachsen e. V., Opferperspektive Brandenburg e.V. und der Verein Demokratische Kultur in Berlin e.V. haben unter dem Motto »Extreme Zeiten« zu diesem Aktionstag, zu weiteren Aktivitäten und zu einer Kooperation der wichtigen Projektträger aufgerufen, damit das BMFSFJ dieses Ansinnen zurückzieht. Das BMFSFJ bezeichnet die verlangte Erklärung als Demokratieerklärung und hat mittlerweile Erläuterungen für Träger erstellt.

Aufruf unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/nl2_extreme_zeiten_aufruf.pdf
(135 kB)

Bestätigung unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/nl2_bestaeetigung_extremismus.pdf (22 kB)

Hinweise unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/nl2_demokratieerklaerung_faqs.pdf (37 kB)

nach oben

Bundesfreiwilligendienst

Ministerin Schröder (BMFSFJ) zeigte sich im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend optimistisch, dass der Bundesfreiwilligendienst auf große Resonanz stoßen werde, da die Engagementbereitschaft junger Menschen hoch sei. So wollen 50% der aktuellen Zivis ihren Dienst freiwillig um sechs Monate verlängern - gerechnet worden sei lediglich mit höchstens 30%. Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst machte in seinem ersten Newsletter zum Bundesfreiwilligendienst deutlich, dass Träger nur in dem Maße zum Zuge kommen werden, wie sie auch bei den schon vorhandenen Freiwilligendiensten mitwirken.

Newsletter des Bundesbeauftragten unter

http://www.zivildienst.de/cIn_030/Content/de/Home/BfZ-Newsletter/NewsletterBfZnr01.html?nn=1737296

nach oben

Wettbewerb Jugend hilft! bis 15. März

Kinder und Jugendliche können sich mit ihren sozialen Projekten für Menschen in Armut, Krankheit, Not oder weiteren schwierigen Lebenslagen beim »Fonds Jugend hilft!« das ganze Jahr über um eine Förderung bis zu 2.500 EURO bewerben. Zusätzlich gibt es den Wettbewerb JUGEND HILFT! Die 8 besten

sozialen Projekte von Kindern und Jugendlichen gewinnen, neben einer Preisverleihung mit prominenten Laudatoren, die Teilnahme am JUGEND HILFT! Camp mit Workshops zu Themen wie Fundraising und Projektmanagement. Der Einsendeschluss für den Wettbewerb ist der 15. März 2011.

Weitere Informationen unter
<http://www.jugendhilft.de>

nach oben

Informationsfreiheitsgesetz: neuer Entwurf

Das Netzwerk Recherche, Greenpeace und die Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit haben am 21. Dezember 2010 einen Gesetzentwurf für umfassende Behördentransparenz vorgestellt. Es zielt auf mehr Transparenz von Regierungs- und Verwaltungshandeln durch Zusammenführung, Vereinheitlichung und Verbesserung der unterschiedlichen bestehenden Gesetze ab. Zugleich soll der Informationsanspruch auf Unterlagen von Unternehmen ausgedehnt werden. Der Gesetzentwurf wird u. a vom Bundesbeauftragten für Datenschutz begrüßt.

Gesetzentwurf unter
http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/sonstige_themen/Buergerinformationsgesetz-Gesetzestext.pdf

nach oben

Patientenrechtegesetz

Am 24. Januar 2011 fand eine Anhörung zum Thema Patientenrechtsgesetz statt, bei dem Experten zu einem Antrag der SPD-Fraktion befragt wurden. Auch im Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen ist die Verabschiedung eines Patientenrechtegesetzes verabredet. Engagementpolitisch interessant am Vorschlag der SPD ist das Ziel der Realisierung eines partizipativen Patientenrechts, um aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Dafür bedürfe es nicht nur verbesserter Transparenz, sondern auch der Stärkung der rechtlichen Position von Patienten sowie der Ausstattung der Patientenvertreter mit demokratischen Machtmitteln in Gremien: So sollen diese im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-Ba) ein Stimmrecht erhalten und nicht mehr nur wie bisher beratende Funktion haben, damit ihre Stimme Gewicht bekommt.

Antrag unter
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/009/1700907.pdf>

nach oben

Neues Leitbild der bagfa

Vision, Mission, Werte, Arbeitsprinzipien: Das sind die vier Ankerpunkte im aktuellen Leitbild der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa). Interessenvertretung und Unterstützung im Qualitätsmanagement sind hervorstechende Aufgaben der bagfa für ihre 120 Mitglieder. Engagementpolitisches Werben für bürgerschaftliches Engagement und für eine mitverantwortliche Partizipation der Bürger werden als zentrale, öffentliche

Aufgaben der bagfa formuliert. Ihre Mitgliederversammlung hat das Leitbild am 4. November 2010 in Essen beschlossen.

Leitbild unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/nl2_leitbild_bagfa.pdf
(1 MB)

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Sprecherrat des BBE: Sitzung am 28. Januar 2011

Der Sprecherrat des BBE tagte am 28. Januar. An diesem Tag erreichte das BBE die Mitteilung des Bundesamtes für Zivildienst, dass die BBE-Bewerbung um die weitere Ausrichtung der Koordinierungsstelle für das »Nationale Forum für Engagement und Partizipation«, die das BBE aufgebaut und eineinhalb Jahre erfolgreich betrieben hatte, abgelehnt worden ist. Der Sprecherrat beriet das weitere Verfahren. Weitere Themen waren die engagementpolitische Lage, die Auswirkungen und der Umgang mit den Kürzungen der Zuwendungen an das BBE durch das BMFSFJ, der Fortgang des Selbstverständigungsprozesses der Netzwerkmitglieder, die Planungen für die »Woche des Bürgerschaftlichen Engagements 2011« sowie der Planungsstand zu Projekten und Fundraisingvorhaben.

nach oben

AG-Sprecher/innen des BBE: Konferenz am 27. Januar 2011

Die Sprecherinnen und Sprecher der neun Arbeitsgruppen des BBE trafen sich am 27. Januar 2011 in Berlin zur ersten Koordinationssitzung im neuen Jahr. Neben einem Bericht über die aktuellen Entwicklungen in BBE-Geschäftsstelle und BBE-Projekten fand ein Austausch über die zukünftigen Aktivitäten der Arbeitsgruppen statt. Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei die Einbindung der AGs in die Weiterentwicklung des Internetauftritts sowie in die Erarbeitung einer Engagementstrategie des BBE. Von den Arbeitsgruppensprechern/innen wurden hierfür wichtige strategische Eckpunkte identifiziert. Rege diskutiert wurde daneben über eine Stellungnahme zu den aktuellen Kürzungen im Bereich der Förderung von Engagement-Infrastruktur. Im Koordinierungsausschuss (KOA) soll ein bis dahin erarbeitetes Konzept vorgestellt werden.

nach oben

AG 1: Engagementstrategie beraten

Die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung stand im Mittelpunkt der ersten Sitzung der AG 1: Rahmenbedingungen in 2011. Markus Grübel (CDU/CSU), Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses »Bürgerschaftliches Engagement«, Klaus Riegert, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Unterausschuss und Heinz Golombeck, FDP, Mitglied im Unterausschuss, erläuterten die strategischen Ziele der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements mit zahlreichen praktischen Beispielen. Bei der finanziellen Förderung verwiesen sie darauf, dass der Bund nur

Anstöße geben könne, um mit diesen Hilfen vor allem die Rahmenbedingungen besonders auf kommunaler Ebene zu verbessern. Eine direkte Finanzierung von Maßnahmen auf örtlicher Ebene durch den Bund sei wegen der föderalen Verfassung nicht möglich und eine Änderung der rechtlichen Grundlagen sollte auch nicht angestrebt werden. Die Nationale Engagementstrategie zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements wurde als dynamischer Prozess gesehen, der ständig weiter entwickelt werden müsse. Vor diesem Hintergrund sei auch zu fragen, welche weiteren rechtlichen Regelungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements erforderlich seien.

nach oben

Das BBE heißt neue Mitglieder willkommen

Der Sprecher/innenrat des BBE hat auf seiner Sitzung am 28. Januar drei neue Organisationen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft einstimmig als Neumitglieder bestätigt. Das BBE begrüßt missio - Internationales Katholisches Missionswerk des Ludwig Missionsverein KdöR, die Leipziger Kulturpaten und die Sächsische Jugendstiftung. Die neuen Mitglieder verbleiben bis zur Aufnahmebestätigung durch die BBE Vollversammlung am 18. November 2011 im Status eines vorläufigen Mitgliedes mit allen Rechten und Informationszugängen.

nach oben

Neue Mitarbeiter in der Geschäftsstelle

Ab 1. Februar 2011 ist Dorette Lück neue Verwaltungsleitung des BBE. Als Sozialarbeiterin hat Frau Lück u. a. ein Nachbarschaftshaus mit aufgebaut und Projekte im Jugendbereich mit aus der Taufe gehoben. Dabei hat sie ihre Kenntnisse im Bereich Verwendung öffentlicher Gelder systematisch aufgebaut und mit einem Diplom für Sozialökonomie abgerundet. - Dieter Rehwinkel ist seit 25. Januar 2011 neuer Projektleiter des BBE Kampagnenteams. Er ist Mitinhaber der Agentur »Transkultur«. Bis 2008 hat der studierte Germanist, Soziologe, Sport- und Politikwissenschaftler als Gründungsgeschäftsführer zwölf Jahre die internationale Stiftung Genshagen aufgebaut und geleitet. Ab 1992 entwickelte er in Brandenburg für die Landesagentur für Struktur und Arbeit die Fortbildungsakademie und war Abteilungsleiter für Öffentlichkeitsarbeit und Information. - Ab 1. Februar 2011 ist Steffi Wilke neue Newsletter-Praktikantin im BBE. Sie hat Politikwissenschaft und Russistik (BA) sowie Demokratiestudien (MA) in Greifswald studiert. Sie interessiert sich besonders für politische Kinder- und Jugendbildung, den Wandel der Demokratie und Freiwilligendienste. - Nach ihrer einmonatigen Tätigkeit bei der Aktionswoche wird Janina Kroll ab 1. Februar 2011 nun das Europa-Projekt unterstützen. Sie hat in Leuven und Potsdam Politik studiert. Ihre Leidenschaft gilt der Frage der Weiterentwicklung des Bildungswesens und der Partizipation von Bürgern in unserer Gesellschaft.

nach oben

Geschäftsführer des BBE in Beirat von Transparency International Deutschland berufen

Der Vorstand von Transparency International Deutschland (TID) hat den Geschäftsführer des BBE, PD Dr. Ansgar Klein, am 11. Januar 2011 für drei Jahre

in den Beirat von TID berufen. Der Beirat hat 20 Mitglieder und ist ein Gremium mit Repräsentanten aus dem Dritten Sektor, der die Arbeit von Transparency Deutschland mit Impulsen und Einschätzungen aus der Sicht der Zivilgesellschaft beratend begleitet.

nach oben

Civil Academy: Bewerbungsschluss 6. März 2011

Projektideen kompetent mit dem Wissen aus Wirtschaft und gemeinnützigem Bereich verwirklichen: Wie das geht, zeigt das Trainingsprogramm der Civil Academy, für das sich jetzt wieder freiwillig Engagierte zwischen 18 und 27 Jahren mit einer Projektidee bewerben können. Bewerbungsschluss ist Sonntag, der 6. März 2011. Eine fachkundige Jury wird die Auswahl treffen. Die drei Kompaktseminare des Programms zu Projektmanagement, Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit werden im April, Mai und Juli stattfinden. Die Projektideen, die dort bis zur Umsetzungsreife weiter entwickelt werden, können aus einem beliebigen Engagementbereich kommen, sei es Soziales, Bildung, Umwelt oder Kultur. Am Ende der Kurse gibt es ein Zertifikat.

Weitere Informationen unter
<http://www.civil-academy.de>

nach oben

Neues Magazin »Engagement macht stark!« bestellbar

Auch das aktuelle Magazin »Engagement macht stark!« zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2011 bietet aufschlussreiche Artikel, Informationen und Neuigkeiten. Die Veranstaltungskritik von Ulrike Baureithel zur Auftaktveranstaltung der Aktionswoche 2010 ermöglicht einen ebenso interessanten Einblick in das Engagementthema wie das Gespräch zwischen Ulrike Folkerts, Peter Maffay und Thomas Olk oder das Interview von Walter Sittler und Ranga Yogeshwar. Darüber hinaus wird die Nationale Engagementstrategie vorgestellt und von den Bundestagsabgeordneten Markus Grübel und Britta Haßelmann kontrovers kommentiert.

Weitere Informationen unter
<http://www.engagement-macht-stark.de>

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Erster Engagementbericht: Homepage online

Im Jahr 2009 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, dass die Regierung in jeder Legislatur einen Engagementbericht vorlegen soll. Dieser Bericht soll von einer jeweils neu einzusetzenden Sachverständigenkommission erstellt und die Ergebnisse von der Bundesregierung kommentiert werden. Der erste Engagementbericht der Bundesregierung soll schwerpunktmäßig neben einer konzentrierten Bestandsaufnahme zur Lage und Situation des bürgerschaftlichen

Engagements in Deutschland das Thema »Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen« bearbeiten. Die Homepage der Geschäftsstelle für den ersten Engagementbericht ist jetzt online gegangen.

Weitere Informationen unter
<http://engagement-bericht.de>

nach oben

Städtenetzwerk: 1. Kongress am 24. und 25. Februar

Im November 2010 hat der Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (vhw) zusammen mit 14 Städten ein Städtenetzwerk für bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung gegründet. Am 24. und 25. Februar 2011 findet in Berlin ein erster Kongress zum Thema der Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung statt.

Weitere Informationen unter
http://www.vhw.de/seminare/seminardetail/seminar/BG114001-I_Kongress_Staedtenetzwerk_des_vhw_2011_Staerkung_lokaler_Demokratie_durchbuergerorientiert/

nach oben

Forschung zu Politik von unten: Kolloquiumreihe

Am 11. Februar 2011 beginnt mit Roland Roth zum Thema »Bürgermacht: eine Streitschrift für mehr Partizipation« eine monatlich stattfindende Kolloquiumreihe mit dem Fokus auf Politik von unten. Es wird vom Arbeitskreis soziale Bewegungen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) in Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Berlin und der Berlin Graduate School of Social Sciences organisiert. Auch eine kommentierende Diskursteilnahme per eMail ist möglich.

Weitere Informationen unter
<http://sozialebewegungen.wordpress.com/kolloquium/>

nach oben

Generation 50plus aktiv im Netz gegen Nazis: Workshop

Für Demokratie im Internet diskutieren: Das ist das Thema im Workshop des Projekts »Generation 50plus aktiv im Netz gegen Nazis« am 8. März 2011 in Berlin. Das Projekt Netz gegen Nazis vermittelt insbesondere das Wissen, um die interaktiven Seiten des Internet zu erobern. Partner sind der Generali Zukunftsfonds, der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und die Landeszentrale für politische Bildung Berlin.

Kontakt und Anmeldung unter
E-Mail: ngn@amadeu-antonio-stiftung.de

nach oben

Vielfältiges Bildungsmaterial gegen Rechts

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V. hat im Reader »Von Action bis Zivilcourage. Bildungsmaterialien aus der Vielfalt-Mediathek« ausgewählte Texte versammelt. Darin befinden sich Hintergrundinformationen, konkrete Projektbeschreibungen und Übungen zu den Themen Respekt für Vielfalt, (Anti-) Rassismus, (Gegen) Rechtsextremismus, (Gegen) Antisemitismus und Migrationsgesellschaft.

Weitere Informationen unter
<http://www.idaev.de>

nach oben

Volunteer-Programm für FIFA-Frauen-WM 2011

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel - aber auch das nicht ohne Freiwillige. Deshalb sucht die Commerzbank für die Frauen-Fußball-WM 2011 in Deutschland 400 Volunteers, die vor und während der WM-Spiele die Durchführung in 12 verschiedenen Bereichen wie Gästeservice, Kommunikation und Turnierorganisation unterstützen. Insgesamt wird es 4000 Volunteers deutschlandweit geben.

Weitere Informationen unter
<http://www.fussball.commerzbank.de/volunteers>

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 10. März 2011. Redaktionsschluss ist der 3. März 2011.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)
Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein und Dr. Rainer Sprengel unter Mitarbeit von Ronald Langner und Katrin Gewecke.

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter
http://www.b-b-e.de/index.php?id=kommende_themen

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -

Die Einzelbeiträge sind Verlinkungen ins Internet und können nur geöffnet werden, wenn eine Online-Verbindung besteht!

Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein@b-b-e.de)

[nach oben](#)